PRESSEMITTEILUNG #544-17.03.2023

Martin Habersaat:

Die angekündigte Klage zeigt die Verzweiflung der Eltern

Eltern im Kreis Segeberg haben angekündigt, wegen fehlender Lehrkräfte an der Schule ihrer Kinder das Recht auf Grundbildung einzuklagen. Dazu sagt Martin Habersaat, bildungspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion:

„Die angekündigte Klage zeigt die Verzweiflung der Eltern. Ein weiteres Mal wird deutlich, wie dringend die Bildungsministerin aufhören muss, die Lage an den Schulen schönzureden. Nur 200 Stellen seien unbesetzt, verkündet Frau Prien mantrahaft. Wie wenig sich mit dieser Zahl anfangen lässt, zeigt das Segeberger Beispiel: Wenn von besetzten 23 Stellen zwei mit Langzeiterkrankten besetzt sind, sagt die Zahl 23 schlicht nichts aus. Auch Schulleitungen mit Stelleninhabern in Elternzeit oder im Sabbatjahr können mit diesen aus nachvollziehbaren Gründen keinen Unterricht planen. Ein Lösungsansatz: Schulen sollten solche Stellen großzügiger neu besetzen dürfen, beispielsweise auch schon mit Blick auf kommende Schülerzahlen oder anstehende Pensionierungen. Der akute Lehrkräftemangel sorgt dafür, dass wir mit Sicherheit alle Lehrkräfte im System langfristig brauchen.

Fertig ausgebildete Lehrkräfte fehlen an allen Ecken und Enden. Ein Blick in den Bericht zur Unterrichtssituation offenbart: 6,9 Prozent der Lehrkräfte an Gemeinschaftsschulen mit Oberstufe haben keine abgeschlossene Berufsausbildung. An Gemeinschaftsschulen ohne Oberstufe sind es 8,5 Prozent, an Förderzentren 12,8 Prozent und an Grundschulen sogar 14,1 Prozent. Diese Vertretungslehrkräfte füllen die Lücken im System und wir sind in der aktuellen Lage dringend auf sie angewiesen. Nach fünf Jahren werden sie allerdings vor die Tür gesetzt, damit sie sich nicht eine unbefristete Beschäftigung erklagen und werden -wie absurd ist das denn?- durch neue Vertretungslehrkräfte ersetzt, die ebenfalls keine abgeschlossene Berufsausbildung als Lehrkräfte haben und denen fünf Jahre Erfahrung fehlen. Hier könnten zwei Ansätze helfen: Erstens ein höheres Maß an Entscheidungsfreiheit für Schulleitungen, welche Kräfte sie langfristig halten wollen. Und zweitens eine berufsbegleitende Weiterbildung. Man kann Menschen jenseits der 40 mit einer Familie nicht sagen, sie müssten Studium und Referendariat einfach nachholen und dann dürften sie bleiben. Ministerium, IQSH und Hochschulen müssen hier gemeinsam zu praktikablen Lösungen kommen. Bei Studierenden als Vertretungslehrkräften muss darauf geachtet werden, dass die Belange des Studiums im Mittelpunkt bleiben.“

Material:

<https://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl20/drucks/00300/drucksache-20-00325.pdf>. S.23